

Kritikos, Alexander S.

**Article**

## Trennende Positionen bei Zukunftsfragen

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Kritikos, Alexander S. (2017) : Trennende Positionen bei Zukunftsfragen, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 84, Iss. 39, pp. 806-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/170518>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Prof. Dr. Alexander S. Kritikos,  
Forschungsdirektor im Bereich Vorstand  
des DIW Berlin  
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors  
wieder.

# Trennende Positionen bei Zukunftsfragen

Große Koalitionen tun den beiden Volksparteien offenbar nicht gut. Nach 2009 kommen sie diesmal zusammen sogar nur noch auf wenig mehr als 50 Prozent. Gleichzeitig zieht mit der AfD nicht nur eine rechtspopulistische Partei ins Parlament ein, sie ist auch noch zweistellig geworden. Eine echte Hypothek für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Was für die ehemalige Arbeiterpartei SPD bitter sein dürfte: In absoluten Zahlen haben annähernd so viele Arbeiter AfD wie SPD gewählt. Zweifelsohne gibt es mehrere Gründe für die Wahl der AfD, auch ökonomische, was schon das hohe Ost-West-Gefälle deutlich macht. Die Zuwanderung nach Deutschland mag ein Grund sein. Ein zweiter ist die geringe Teilhabe am wachsenden Wohlstand. Denn die Wählerschaft der AfD fühlt sich laut Umfragen eher ungerecht behandelt als Wähler etablierter Parteien.

Auch wenn die Union absolut noch mehr verloren hat, ist das Wahlergebnis vor allem für die SPD ein Debakel. Sie hat ihre Zustimmungsraten in den vergangenen 20 Jahren halbiert. Aber die SPD hat sich das Ergebnis selbst zuzuschreiben. Es bleibt ein Rätsel, warum ihr Spitzenkandidat im Wahlkampf im Stil eines Oppositionsführers auf das Thema Gerechtigkeit gesetzt hat, obwohl die SPD in 15 der letzten 19 Jahre an der Regierung beteiligt war. Mit diesem Thema konnte die Partei ihre Wähler zu wenig mobilisieren. Dabei war es doch die SPD, die in der letzten Regierung mit Mindestlohn, Rente mit 63 und Mietpreisbremse versucht hat, wenn auch mit zweifelhaftem Erfolg mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erzeugen. Die Partei hätte sich also innerhalb der bestehenden Regierung als Garant für sozialen Ausgleich positionieren können. Wie nach der Agenda 2010 hat sich die SPD erneut ihrer eigenen Erfolge geschämt. Damit verlor sie auch die Gewinner ihrer Politik.

So wie es aussieht, soll es nun erstmals eine Dreier-Koalition aus Union, FDP und Grünen richten. Sie wird mit zahlreichen Zukunftsfragen konfrontiert sein, bei denen trennende Positionen überwiegen. Die ökonomischen Herausforderungen

reichen von Investitionen in das Bildungssystem über die Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie und die weitere Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland bis hin zu erheblichen Investitionen in die Infrastruktur. Vor allem Letzteres hat die große Koalition entgegen vieler Ankündigungen viel zu wenig vorangetrieben. Gleichzeitig könnte der Umgang mit Klimafragen und mit dem Dieselskandal in der deutschen Automobilindustrie für die zukünftige Koalition ebenso zur Zerreißprobe werden wie Fragen nach der Vertiefung des Euroraums und der Europäischen Union. Will man Beitrittskandidaten für den Euro eine Entwicklungsperspektive geben? Kommt ein europäischer Finanzminister? Wird der Finanzspielraum der EU erweitert?

Das ist bei weitem nicht alles. Der Fachkräftemangel wird stärker spürbar. Insofern steht die zukünftige Regierung neben einer Bildungsoffensive vor der weiteren Herausforderung, endlich ein Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen. In unmittelbarer Verbindung damit stehen Fragen des demographischen Wandels und damit nach der Erhöhung des Renteneintrittsalters. Gleichzeitig wird man sich Gedanken machen müssen, wie zukünftig die Migration besser gesteuert werden kann. Und das alles bei lautstarkem Geschrei aus der rechten Ecke im Parlament.

Das führt zum schwierigsten Zukunftsthema. Wie umgehen mit denen, die in den letzten 20 Jahren kaum von der Wohlstandsentwicklung profitiert haben? Es steht zu befürchten, dass der wirtschaftliche Wandel – Stichwort Digitalisierung – sich weiter beschleunigen wird. Das wird die Zahl der Globalisierungsverlierer weiter erhöhen. Diese Menschen benötigen eine Perspektive, die ihnen die etablierten Parteien derzeit offenbar vorenthalten. Insofern wird eine echte Zukunftspolitik für Deutschland viel Mut und auch Opferbereitschaft erfordern. Man darf gespannt sein, ob sich die nächste Regierung trauen wird, auch solche Entscheidungen durchzusetzen, die den vom wirtschaftlichen Wandel Abgehängten eine neue Perspektive geben.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
84. Jahrgang

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Dr. Critje Hartmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Claudia Cohnen-Beck  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Daniel Kemptner  
Sebastian Kollmann  
Markus Reiniger  
Mathilde Richter  
Dr. Alexander Zerrahn

#### Lektorat

Dr. Alexander Zerrahn

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304  
ISSN 1860-8787 (Online)

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

Satz-Rechen-Zentrum, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.